



LANDESJUGENDRING
RHEINLAND-PFALZ



**ARBEITSHILFE
FÜR JUGENDVERBÄNDE -
UMGANG MIT
RECHTSPOPULISMUS**

ARBEITSHILFE FÜR JUGENDVERBÄNDE – UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS

POSITIONIERUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



Impressum

Kontakt:
Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V.
Raimundstraße 2
55118 Mainz
www.ljr-rlp.de
info@ljr-rlp.de
06131 / 960200

Impressum:
Herausgeber: Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V., Raimundstraße 2, 55118 Mainz, V.i.S.d.P.: Delia Helmerking
Redaktionsteam: Daniel Wicke, Andreas Belz, Matthias Blöser
© 2020

Einleitung

Noch eine Arbeitshilfe, noch mehr Handlungsempfehlungen, noch mehr Positionen. Ist vielleicht schon alles gesagt? In der Tat existiert eine ganze Reihe sehr guter Arbeitshilfen für den Umgang mit Rechtspopulismus in den unterschiedlichsten Kontexten. Doch es ist eben noch nicht von allen alles gesagt. Denn längst sind es nicht mehr nur Versuche, die sogenannte „Grenze des Sagbaren“ zu verschieben. Ressentiments, Geschichtsverklärung und menschenfeindliche, rassistische Aussagen werden zunehmend ungehemmter geäußert und historisch belastete, rechte Begrifflichkeiten finden zum Teil ihren Weg in die sprachliche Normalität. Wie weit diese „Normalität“ bereits gehen kann, zeigt ein Ereignis aus dem Februar 2020. So entstand diese Arbeitshilfe auch unter dem Eindruck der Wahl in Thüringen, bei der zum ersten Mal ein Ministerpräsident mit der Unterstützung von Faschist*innen ins Amt gelangte. Auch hier sollten Grenzen verschoben werden, gerechtfertigt mit „normalen“ demokratischen Prozessen. Der beispiellose Vorgang im Erfurter Landtag hat gezeigt, dass auch Demokraten immer wieder daran erinnert werden müssen, wo rote Linien verlaufen. In vielen Bereichen der Gesellschaft ist eine Spaltung zu beobachten. Und auch wenn Gräben zwar überwunden werden müssen, dürfen die roten Linien dabei nicht überschritten werden.

Die Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Klimas zeigt sich nicht nur in der Radikalisierung der Sprache. Das Prinzip ist einfach: Menschen mit ohnehin extremen Einstellungen fühlen sich durch öffentlich geäußerte drastische Aussagen in ihren Ansichten bestätigt. Der Glaube, eine schweigende Mehrheit denke ähnlich, wird bestärkt und der Gedanke „Jemand müsste mal was machen“ wächst heran. Und am Ende einer durch Hetze in Gang gesetzten Spirale bekommen die Begriffe „Jemand“ und „machen“ plötzlich eine ganz konkrete Bedeutung. Wie aus Worten Taten werden, hat sich gerade in der jüngsten Vergangenheit in hoher Frequenz gezeigt. All dies macht deutlich, wie wichtig es ist, bereits im Kleinen, im eigenen Umfeld wachsam zu sein, zu widersprechen und zu reagieren. Oder eben bewusst nicht zu reagieren, nicht hereinzufallen auf die Stimmungsmache und die Tricks der Populist*innen. Politik und Gesellschaft und damit auch der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände müssen wachsam bleiben: Keine Zusammenarbeit mit Faschist*innen, Rassist*innen und Rechtsextremen. Das bedeutet auch, kein Vorschützen demokratischer Prozesse, um Grenzüberschreitungen zu relativieren. Dies ist der Kompass, der uns auch bei diesen Handlungsempfehlungen leitet.

Warum gerade die AfD?

Der Landesjugendring Rheinland-Pfalz e. V. und seine Mitgliedsverbände nehmen den gesellschaftlichen und politischen Wandel sehr genau wahr. Jugendverbände setzen sich immer wieder mit den Themen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auseinander. Zum einen aus gesellschaftlicher Verantwortung, aber auch aufgrund von (parlamentarischen) Angriffen, denen sich einige Verbände immer wieder ausgesetzt sehen. Wir beobachten wie die jahrelange konstruktive und respektvolle Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien im rheinland-pfälzischen Landtag von Diffamierungskampagnen einer Partei immer wieder überschattet wird. Bewusst nehmen wir hier Bezug auf die AfD. Unser ressourcenorientierter Blick auf Jugend steht im Gegensatz zu einer Ideologie aus Bevormundung und Verboten. Die Programmatik der Partei zielt auf die Entrechtung von jungen Menschen ab. Die Verschärfung des Jugendstrafrechts ist hier nur ein Beispiel. So stimmen wir mit dem Deutschen Bundesjugendring überein, wenn dieser schreibt: „Die AfD ist jugendfeindlich. Sie versteht Jugend nicht und gibt ihr nicht die Freiräume, die sie braucht.“¹ Nicht nur die Positionen der AfD bieten Anlass zur Abgrenzung. Das gesellschaftliche Klima, in dem menschenfeindliche und antidemokratische Tendenzen gedeihen können wird unserer Ansicht nach maßgeblich von der AfD mitgeprägt und befördert.

Diese Arbeitshilfe ist jedoch mitnichten eine Empfehlung speziell für den Umgang mit der AfD. Sie soll informieren über rechtspopulistische Strategien bzw. Erscheinungsformen, eine Unterstützung bieten im Umgang mit rechter Hetze und ist nicht zuletzt eine Positionierung.

Unvereinbar mit unserem Selbstbild.

Jugendverbände sind Orte der Vielfalt. Dort sind alle Menschen willkommen, unabhängig von Herkunft, Aussehen, Religion oder sexueller Orientierung. Jugendverbände sind Orte des demokratischen Miteinanders und der politischen Bildung. Kinder und Jugendliche lernen dort, andere Meinungen zu respektieren und was es bedeutet, Kompromisse auszuhandeln und dass es nicht auf alle Fragen und Probleme einfache Antworten und Lösungen gibt. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände treten ein für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft, in der sich jede und jeder frei entfalten kann.

Rechtspopulist*innen fordern die freiheitliche und offene Gesellschaft heraus, für die wir uns stetig einsetzen. Im Rechtspopulismus wird ein Menschenbild propagiert, das wir zutiefst ablehnen. Menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen kommen erwiesenermaßen nicht von sogenannten Rändern, sondern sind in allen Teilen der Gesellschaft zu finden. So dringen diese Einstellungen mittlerweile immer weiter und immer unverhohlener in alle Bereiche der Zivilgesellschaft vor. Jugendverbände sind Teil und auch Spiegelbild der Zivilgesellschaft und prägen diese mit ihren Werten, ihrem Demokratieverständnis und ihrem Menschenbild. So stellen sich auch der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände den Angriffen von Rechts entgegen, die nichts Geringeres zum Ziel haben als die Abschaffung unseres Gesellschaftsmodells.

Neutralität und Verantwortung.

Zwar gilt auch für die politische (Jugend-)Bildung das Gebot der Neutralität, dies bedeutet jedoch keine Werteneutralität. Menschenbild und Demokratieverständnis von Rechtspopulist*innen stehen ganz klar im Gegensatz zu den Werten von Jugendverbänden als Orte der Vielfalt, der gelebten Demokratie und der Freiheit von Diskriminierung. Kindern und



¹ Deutscher Bundesjugendring, 2016: <https://www.dbjr.de/artikel/rechtspopulist-innen-entgegengetreten/>

Jugendlichen sollen und dürfen keine Meinungen und erst recht keine politischen Ansichten aufgedrängt werden. Neutralität ist uns wichtig, denn junge Menschen sollen dazu befähigt werden, sich ihr eigenes Urteil und ihre eigene Meinung zu bilden. Jedoch gibt es gerade hier häufig Missverständnisse. Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet nicht, dass Äußerungen unwidersprochen bleiben müssen. Ebenso wenig bedeutet das Gebot der Chancengleichheit für Parteien, dass deren Positionen – und gerade die problematischen – nicht thematisiert oder kritisiert werden dürfen. Kritische und sachliche Auseinandersetzung und die Benennung sowie Verurteilung menschenfeindlicher, rassistischer und abwertender Aussagen und rechtsextremer Inhalte verletzen nicht die Neutralität. Dies ist vielmehr Auftrag sowohl schulischer als auch außerschulischer politischer Bildung und Teil der gesellschaftlichen Verantwortung von Jugendverbänden.

Diese Arbeitshilfe

Vielfältig sind auch nationalistische, rassistische und demokratiefeindliche Einstellungen. Das gilt besonders für ihre Erscheinungsformen, hinter denen häufig auch ganz klare Muster und Strategien stehen. Die gute Nachricht ist: Die Zivilgesellschaft funktioniert in vielen Bereichen sehr gut. Rechtes Wirken wird fortlaufend beobachtet und erforscht und der Umgang damit stetig weiterentwickelt. So gibt es zahlreiche Gruppen, Vereine, Initiativen etc., die Gegenstrategien, Tipps und Empfehlungen für den praktischen Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bereithalten, von denen einige im Folgenden aufgeführt werden. Diese Arbeitshilfe soll einen kleinen und kompakten Überblick geben über mögliche Handlungsoptionen in verschiedenen Situationen. Einige Hinweise orientieren sich zwar an Beispielen aus der Welt der Jugendverbände, alle Szenarien können aber auch in anderen Kontexten auftreten.

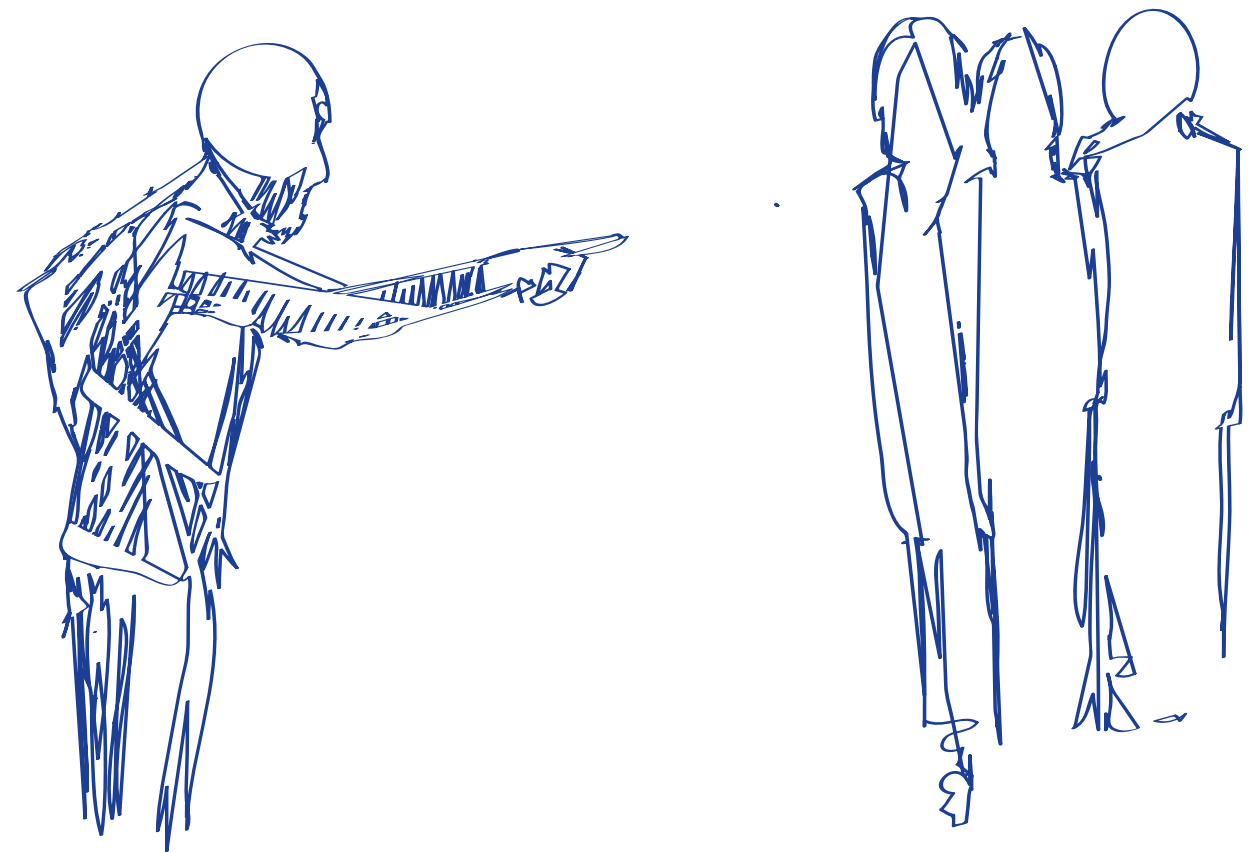
Probleme und Handlungsbedarf müssen jedoch überhaupt erst als solche erkannt werden. Oft ist es nur ein ungutes Gefühl bei bestimmten Äußerungen, Liedern, Kleidungsmarken – aber gerade im Kontext von Jugendarbeit ist es hilfreich, sich ein wenig in der „Welt“ des Rechtspopulismus und rechter Subkulturen auszukennen. Niemand kann und muss alles wissen, auch würden all diese Informationen den Rahmen dieser Handreichung sprengen. Daher nimmt diese Arbeitshilfe einige Bereiche besonders in den Blick und zählt wichtige Adressen auf, bei denen sowohl Informationen als auch Hilfsangebote eingeholt werden können.

Die gängigen „Argumente“ von Rechts sind hingegen meist keine Unbekannten. Denn so unsinnig sie oft auch erscheinen mögen – viele Aussagen tauchen leider immer wieder auf. Dennoch fällt es oft schwer, souverän oder schlagfertig auf diese zu reagieren. So wird im Folgenden auch der Umgang mit rechten Aussagen und Argumentationsmustern behandelt. Gerade im Internet bleibt es jedoch immer häufiger nicht nur bei leicht widerlegbaren Argumenten oder harmlosen „Witzen“. Hier finden sich Beleidigungen, Hass und sogar Bedrohungen. Diese können innerhalb kurzer Zeit anwachsen zu einem regelrechten Sturm. Angesichts einer vermeintlichen Übermacht kann sich ein Gefühl der Ohnmacht breit machen. Doch es gibt wirkmächtige Handlungsoptionen. Gleiches gilt für das Durchführen von Veranstaltungen. Auch wenn rechte Hetzer vom relativ anonymen Raum des Internets in den öffentlichen Veranstaltungsraum wechseln, gibt es eine ganze Reihe effektiver Handlungsoptionen.

Es ist hinreichend bekannt, dass rechte Gruppierungen oder auch Parteien zunehmend versuchen, in Vereinen oder Verbänden Fuß zu fassen und diese zu unterwandern². Diese Bestrebungen folgen einer Strategie der Entdämonisierung und Normalisierung von rechtem Gedankengut. Auch Jugendverbände sind hiergegen nicht immun. So berichten zum Beispiel Naturschutzinitiativen oder –verbände häufig von Versuchen der Unterwanderung. Auch hier gilt es wachsam zu sein und sich schon im Vorfeld eindeutig zu positionieren. Es muss nicht gleich die generalstabsmäßig geplante Unterwanderung sein. Häufig erzeugen schon fragwürdige oder „nur witzig“ gemeinte Aussagen Handlungs-, mindestens aber Redebedarf.

So wird nicht zuletzt auch der Umgang mit rechten Tendenzen im eigenen Verband behandelt.

² https://www.deutschlandfunk.de/zivilgesellschaft-wie-rechtspopulisten-vereine-und-724.de.html?dram:article_id=471987
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1128974.rechtsausenpartei-afd-strebt-in-die-vereine.html>



Wovon wir sprechen.

Jede*r kennt sie, jede*r verwendet sie und jede*r weiß „irgendwie“ was gemeint ist. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind die zentralen Begriffe, wenn wir über die Herausforderungen und die Gefahren von Rechts sprechen. Für eine pragmatische und niedrigschwellige Auseinandersetzung sind die Begriffe nach unserer Auffassung zunächst auch völlig ausreichend. Daher arbeiten auch wir im Folgenden mit den in den Medien und in der öffentlichen Diskussion gängigen Begriffen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Dennoch sind auch wir uns der teilweisen Unschärfe der Begriffe bewusst. Mit Blick auf die AfD beispielweise, hält der Soziologe Wilhelm Heitmeyer den Begriff Rechtspopulismus gar für verharmlosend. Hier sieht er vielmehr Bestrebungen, die auf einen Systemwechsel hin zu einer geschlossenen Gesellschaft und „illiberalen“ Demokratie abzielen und verwendet den Begriff des Autoritären Nationalradikalismus³. Auch der Extremismus-Begriff ist geprägt von Missverständnissen und Falschannahmen. Deutlich wird dies etwa im Hinblick auf die Diskussionen über Links- bzw. Rechtsextremismus nach der Thüringen-Wahl oder dem wiederkehrenden Verweis auf die umstrittene „Hufeisen-Theorie“.

Auch wenn bei dieser Arbeitshilfe alltagsnahe und niedrigschwellige Handlungsempfehlungen für Jugendverbände im Vordergrund stehen, ist es nötig, kurz die zentralen Begriffe zu skizzieren.

³ <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/wilhelm-heimmeyer-warum-der-begriff-rechtspopulismus-verharmlosend-ist-a-1283003.html>

RECHTSPOPULISMUS

Der „Wir sind das Volk“-Gedanke ist sicher eines der Kernmerkmale populistischer Bewegungen und populistischer Politik. Diesem Gedanken liegt der Anspruch zugrunde, für das „wahre“ Volk bzw. eine „schweigende Mehrheit“ zu sprechen, was sich auf gleich mehreren Ebenen als problematisch darstellt. Zum einen gibt es „das Volk“ als eine homogene Gruppe schlicht nicht. Mit „Wir sind das Volk“ meinen Populist*innen ohnehin „NUR wir sind das Volk“. Ein rein exklusiver Volksbegriff also, der andere ausgrenzt: Wer nicht für die Populist*innen ist, gehört somit auch nicht zum Volk. Hieraus ergibt sich ein moralischer Alleinvertretungsanspruch, der zutiefst antipluralistisch ist und ganz bewusst im Gegensatz zu Interessenausgleich, Entfaltung des Individuums und dem Schutz von Minderheiten steht.

Dieses Narrativ der Volksgemeinschaft geht Hand in Hand mit der Unterscheidung in WIR und DIE, einem weiteren Merkmal von Rechtspopulismus. Die Abgrenzung nach oben, nach unten und nach außen legt zum einen fest, wer nicht zur sogenannten Volksgemeinschaft gehört und schafft so eine Identität innerhalb der Gruppe. Eine Konsensfindung ist hier also nicht vorgesehen, im Gegenteil. Diese Abgrenzung gelingt am besten durch das Konstruieren von Feindbildern. So wird hierbei die Vorstellung befeuert, das „einfache Volk“ sei bedroht durch Kriminalität, Überfremdung, moralischen Verfall (durch Minderheiten wie Geflüchtete, Zuwanderer etc.). Diese ist eng verknüpft mit (kulturell-)rassistischen Vorurteilen. Das Schüren von Ressentiments sowie die Ablehnung von Zuwanderung und sogenannter „Multikulti“-Gesellschaft sind zentrale Inhalte rechtspopulistischer Agenda.

In der Abgrenzung nach oben gelten die „korrupten Eliten“ aus Politik („etablierten Altparteien“) und „Establishment“ (Medien, Gesellschaft und Konzerne) als Feinde, die allesamt „den kleinen Mann“ bzw. das Volk belügen und betrügen. Hier bricht sich ein überaus fragwürdiges Demokratieverständnis Bahn, welches sich schon beim „Wir sind das Volk“-Gedanken andeutet. Es wird genährt durch den Wunsch nach Umgestaltung des aktuellen politischen Systems hin zu einem autoritären politischen System, in dem parlamentarische Debatten überflüssig erscheinen. Langwierige Debatten kosteten nach diesem Verständnis nur unnötig Zeit, da der Volkswille ohnehin bekannt sei und nur durch eine entschiedene Führung, eine „starke Hand“ umgesetzt werden müsse.

Generell nehmen Medien in rechten Weltbildern eine wichtige Rolle ein. Für Populist*innen geben die sogenannten „Mainstream-“ oder „Systemmedien“ den Volkswillen nur verfälscht wieder, reden vermeintliche „Missstände“ im Land schön oder verbreiten schlicht Lügen. Ein Journalismus, der kritische Fragen stellt und eine reflektierte Auseinandersetzung mit komplexen Themen ermöglichen will, ist störend für die Strategie und das Weltbild von Rechtspopulist*innen. Am (NS-ideologisch belasteten) Kampfbegriff „Lügenpresse“ prallt alles ab. Debatten über Sachthemen werden emotionalisiert, komplexe Sachverhalte werden vereinfacht und radikale Lösungen propagiert. Gerne inszenieren sich Rechtspopulist*innen dabei als Vertreter*innen einer vermeintlichen Mehrheitsmeinung und stellen sich bei Gegenrede aus Medien und Gesellschaft als Opfer von „Political correctness“ oder „linker Meinungs-diktatur“ dar.

Konservative Meinungen finden sich selbstverständlich in Politik und Gesellschaft. In rechtspopulistischen Aussagen wird jedoch oft nur behauptet, diese seien konservativ, um tatsächlich bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Minderheiten zu diskriminieren. So geht beispielweise ein reaktionäres Familien- oder Frauenbild meist einher mit der Ablehnung der Rechte für Homosexuelle oder mit antifeministischen Positionen. Auch reihen sich oft radikale Abtreibungsgegner mit ein. Als durchaus radikal kann auch die rechtspopulistische „Law and order“-Rhetorik bezeichnet werden: die Herabsetzung der Strafmündigkeit bei Kindern, mehr Überwachung, härtere Strafen auch bei kleineren Vergehen und immer wieder findet sich auch die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe. Kennzeichnend ist zudem eine ständig alarmistische Tonlage gerade bei emotional aufgeladenen Themen.

Zusammengefasst:

- ➔ „Wir sind das Volk“ – Konstruktion einer WIR-Identität; exklusiver Volksbegriff; antipluralistischer Alleinvertretungsanspruch; Sprecher einer vermeintlich schweigenden Mehrheit (der „kleine Mann“)
- ➔ Abgrenzung in WIR und DIE – nach unten und außen: Migranten, Geflüchtete, verschiedene Minderheiten; meist auf Grundlage (kulturell-)rassistischer Vorurteile; nach oben: das Establishment bzw. „die da oben“, „korrupte Eliten“ aus Politik und Gesellschaft
- ➔ Infrage stellen demokratischer Prozesse/des demokratischen Systems – Vereinfachen von (komplexen) Sachverhalten; Schwarz-Weiß-Schemata (bis hin zu Verschwörungsideologien); propagieren einfacher Lösungen; streben nach autoritärer Umgestaltung des demokratischen Systems
- ➔ Infrage stellen der Meinungsfreiheit und „Lügenpresse“ – Vorwurf der „linken Meinungs-diktatur“; Inszenierung als Opfer von „Political Correctness“; Vorwurf der „von oben“ gesteuerten „Systemmedien“

(RECHTS-)EXTREMISMUSBEGRIFF

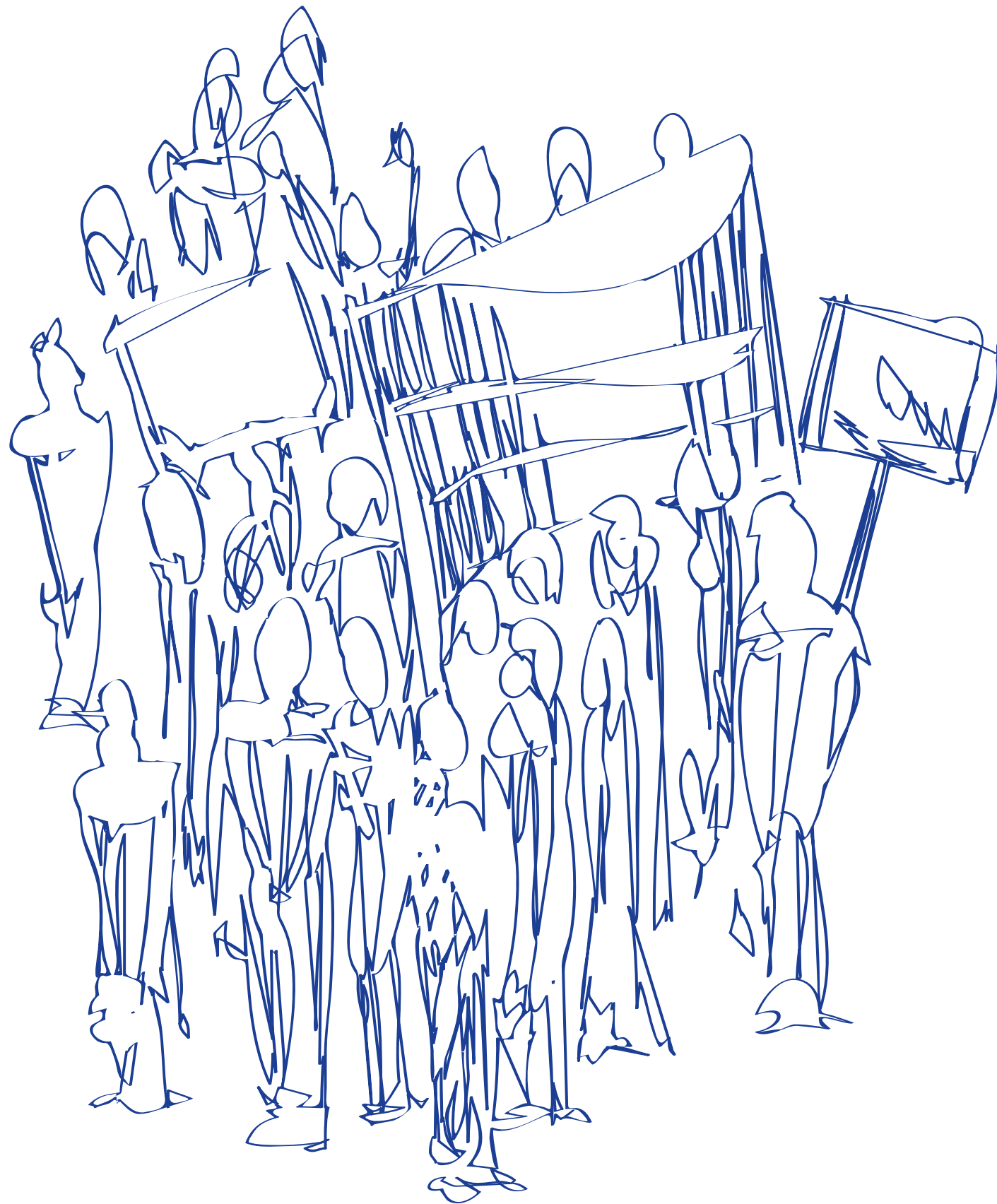
Die Extremismus-Theorie beruht auf der Annahme, dass es in der Gesellschaft eine „gute“ bzw. demokratische Mitte gebe, die von extremen Rändern bedroht sei. Den „Rändern“ werden Rechts- und Linksextremismus, sowie in der aktuellen Debatte auch der Islamismus zugerechnet. Bereits die quasi Gleichsetzung dieser Strömungen wirft eine Reihe weiterer Probleme auf und bedarf der Diskussion. Eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus ist verbunden mit einer Verharmlosung rechter Gewalt und der Stigmatisierung derer, die sich alltäglich und vor Ort mit rechten Erscheinungsformen auseinandersetzen. Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus läuft so Gefahr, gebremst oder gar als demokratiefeindlich gebrandmarkt zu werden. Dies macht das Knüpfen wichtiger zivilgesellschaftliche Bündnisse schwieriger.

Die Annahme der Existenz einer „unbefleckten“ demokratischen Mitte verdeckt zudem ein weiteres Problem. Sozialwissenschaftlich gut belegt ist, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu finden sind. So besteht in der Auseinandersetzung nur mit „extremen“ Rändern die Gefahr, dass konkrete gesellschaftliche Problemlagen wie etwa struktureller Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten, Antifeminismus etc. schlicht außen vor bleiben.

Im Umkehrschluss stellt sich bei der Debatte um (politischen) Extremismus grundsätzlich die Frage, wie die Vorstellungen einer demokratischen Gesellschaft aussehen. Diesen Einwand beschreibt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) so: „Dem Extremismusbegriff liegt ein ordnungspolitisches Demokratieverständnis zugrunde, das Demokratie auf die Haltung zum Rechtsstaat verkürzt. Er fokussiert auf Gewalt und setzt statt auf die Förderung einer lebendigen und streitbaren Bürgergesellschaft primär auf die Bewahrung des Status Quo und eines starken Staates. Dadurch gerät die Orientierung an Grund- und Menschenrechten, die für die Entwicklung eines demokratischen politischen Klimas unabdingbar ist, aus dem Blick.“* Vielmehr spricht sich die MBR für die Förderung demokratischer Partizipation aus, die Menschen anregt, sich aktiv für demokratische Prozesse einzusetzen und Selbstermächtigungsprozesse sowie Erfolgserlebnisse ermöglicht. So widerspricht die MBR „einem statischen Verständnis von Demokratie, das vorrangig auf der Einhaltung von Regeln beharrt.“**

* Rechtsextremismus: Zum Umgang mit dem Extremismusbegriff in der Praxis Mobiler Beratung, 2011, S. 1

** ebd.: S. 2



Handlungsempfehlungen

1. Prävention statt Reaktion - Information und Bildung
2. Umgang mit rechten Äußerungen
3. Hass im Netz. Online-Hetze und Shitstorms
4. Planen und Durchführen von Veranstaltungen
5. Umgang mit rechten Tendenzen im eigenen Verband

1. Prävention statt Reaktion - Information und Bildung

Die Konfrontationen mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Positionen sind oft geprägt von Unsicherheiten oder Ängsten. Das macht es je nach Situation schwer, angemessen und souverän zu reagieren. Häufig werden rechtspopulistische (Kommunikations-)Strategien nicht als solche wahrgenommen oder es fehlt schlicht an Hintergrundwissen zu rechtsextremen Erscheinungsformen. Das Erkennen von szenetypischen Symbolen und Codes, Kleidungsmarken, Bands etc. aber auch das Wissen um politische Zusammenhänge und historische Hintergründe bringen jedoch ein großes Maß an Handlungssicherheit. Ob online in sozialen Netzwerken und Kommentarspalten, ob im persönlichen Gespräch oder auf Veranstaltungen – wer darauf vorbereitet ist, wie und wovon Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen sprechen, kann selbstbewusster, entschiedener und vor allem direkter auf die unterschiedlichsten Situationen reagieren. Nun sind rechte Lifestyles vielfältig, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge oft komplex und die Kommunikationsstrategien reichen von plump und aggressiv bis hin zu intelligent und subtil. Jedoch gibt es keinen Grund, vor der Konfrontation zurückzuschrecken. Auch muss niemand Expert*in werden oder gleich ein Studium absolvieren. Etliche Initiativen, Organisationen und Projekte bieten sehr gute und niedrigschwellige Möglichkeiten, sich einen Grundstock an Wissen anzueignen oder in sogenannten Argumentationstrainings gemeinsam auszuprobieren, wie reagiert werden kann.

Für Situationen, in denen das angeeignete Wissen und der private Unterstützerkreis nicht mehr ausreichen, gibt es sehr gute Beratungsstellen, die für jedes Anliegen Unterstützung bieten. So bietet beispielsweise das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ in Rheinland-Pfalz in neun Regionen Beratungsknoten als Fachstellen für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus.

Im Bereich Fortbildungen, Workshops und Seminaren zu Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Rechtspopulismus etc. sind wir in der Jugendarbeit gut aufgestellt. Die Juleica-Bausteine und unsere Partner vom Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) sind hier nur zwei Beispiele für Angebote, um sich zu diesen Themen fit zu machen.

Wie bei allem im Leben ist gute Vorbereitung alles und im Vorfeld zu agieren ist allemal besser als nur zu reagieren. So sollte beispielsweise eine Liste mit Kontakten bereitgehalten werden, die im Bedarfsfall schnelle und professionelle Hilfe oder Beratung bieten.

Grundlegende Links und „Erste Hilfe“:



Im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz sitzen die Profis der Mobilen Beratung gegen Rechts für jedes, auch dringende Anliegen:

→ <https://demokratiezentrum.rlp.de/de/dz-rlp/>

Gleiches gilt für die Teams der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) und deren Dachverband in Berlin. Auch hier gibt es viele, besonders an der Praxis orientierte Handreichungen:

→ <https://www.mbr-berlin.de>

Bestens vernetzt und informiert, anerkannt und prominent - für Informationen zu Rechtsextremismus ist die Amadeu Antonio Stiftung generell eine der wichtigsten Adressen sowohl im Netz als auch im „echten Leben“:

→ <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de>

Eine große Sammlung an Info- und Bildungsmaterial. Informationen zu rechten Lifestyles, Szenecodes, Kleidungsmarken etc.:

→ <https://www.vielfalt-mediathek.de>

→ <https://www.belltower.news/lexikon/?letter=0%E2%80%93939>

→ <https://dasversteckspiel.de>

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) informiert, dokumentiert, berät und qualifiziert:

→ <https://www.idaev.de>

Argumentationstrainings, Fortbildungen, Planspiele etc. sind die Fachgebiete des Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC):

→ <https://www.netzwerk-courage.de>

Bei Hass im Netz gibt es die Expertise für den Umgang mit (rechter) Online-Hetze:

→ <https://www.hass-im-netz.info>

Informationen zu politischen und historischen Hintergründen, zu Gedenkstättenarbeit und weiteren Bildungsangeboten im Bereich Rechtsextremismus finden sich bei der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz:

→ <https://politische-bildung.rlp.de/home.html>

2. Umgang mit rechten Äußerungen

In vielen Kontexten kann es zu Situationen kommen, in denen mindestens fragwürdige Äußerungen bzw. Provokationen auftauchen. Oft fällt es dann schwer, außer der verständlichen Entrüstung auch noch eine schlagfertige Antwort parat zu haben. Jede*r kennt dieses „Wäre mir dieser Satz nur vorhin eingefallen“-Gefühl nach einem Gespräch, wenn sich erst im Nachhinein die Argumente finden oder das Haarsträubende gewisser Aussagen erst später bewusst wird. So ärgerlich das manchmal vielleicht ist, lässt es sich verschmerzen. Im Umgang mit rechten Parolen jedoch ist gerade dies problematisch. Hier sollte das Risiko einer argumentativen Überforderung möglichst gering gehalten werden.

Die häufigsten Formen sind sicher abwertende oder diskriminierende Äußerungen, mit denen in der Regel auch Toleranzgrenzen ausgetestet werden. Diesen liegt meist ein widersprüchliches Denken und kein geschlossenes Weltbild zugrunde. Hier besteht also durchaus die Möglichkeit eines argumentativen Zugangs. Handelt es sich hingegen um klar rassistische und rechtsextreme Äußerungen, fehlt damit die Grundlage einer auf gegenseitigen Respekt beruhenden, demokratischen Diskussion. Bei der Konfrontation mit bewusst diskriminierenden und menschenverachtenden Äußerungen ist eine Positionierung und entschiedene Ablehnung derartiger Positionen nötig.

Wie auch immer sich eine Situation darstellt, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) weist darauf hin, wie wichtig die Solidarisierung mit von diskriminierenden Aussagen Betroffenen ist: Wie auf rechte Provokationen reagiert wird, entscheidet sich also auch an der Anwesenheit von Schutzbedürftigen⁴.

Nun werden sich Situationen in den meisten Fällen als nicht ganz so dramatisch darstellen. Jedoch macht dies das Argumentieren oder das Gegenhalten bei provozierenden Äußerungen nicht weniger kompliziert. Im Gegenteil: So richtig die Ablehnung und Verurteilung menschenverachtender Aussagen ist, bleibt sie ein wichtiger erster Schritt. Sollen einem für Argumente offenen gegenüber die eigene Position verdeutlicht, dessen Thesen widerlegt oder gar ein Reflexionsprozess angestoßen werden, wird die Sache schon komplizierter. Es ist normal, sich nicht mit jedem Thema auszukennen und sich oft diesen Diskussionen daher nicht gewachsen zu fühlen. Aber ob Klimaschutz, Flüchtlinge, Demokratie, Gleichberechtigung etc.: Die Argumentationsmuster und -strategien von Populist*innen sind in der Regel die gleichen. Sind diese bekannt, lässt sich einer Diskussion souverän begegnen.

Noch komplizierter wird es jedoch, wenn es um die Verbreitung von (gezielten) Falschmeldungen und Verschwörungsideologien geht. Dies ist ein beliebtes Mittel, um Feindbilder aufzubauen, eigene Themen zu streuen, Misstrauen und Skepsis anzuhetzen und Unruhe zu stiften. Hierbei handelt es sich um ein zentrales Element in der Strategie des Rechtspopulismus. Das Themenspektrum ist sehr breit, wenn es um Unwissen, Halbwissen oder gezielte Falschinformationen geht. Häufig sind die Inhalte von Anti-Rationalismus bzw. Wissenschaftsfeindlichkeit geprägt und es ist nur schwer vorstellbar, dass sie ernsthaft Beachtung finden. Oft sind darin verbreitete Behauptungen pseudo-wissenschaftlich belegt oder werden so mit Fakten vermischt, dass es eine Überprüfung für den Laien schwer macht. Hier haben viele Akteur*innen den Handlungsbedarf erkannt. Mittlerweile existieren sowohl von öffentlich-rechtlicher Seite als auch von privaten Initiativen z. B. sogenannte Fakten-Check-Seiten, auf denen „Fake-News“ seriös und vor allem belegbar enttarnt werden.

⁴ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): *Umgang mit rechten Argumentationen*, Berlin, 2017, S. 1

Gegenrede und Argumentation müssen (ein-)geübt werden. Daher empfiehlt sich immer die Teilnahme an Argumentations- trainings. Aber auch ohne zeitintensive Seminare gibt es genug Möglichkeiten, sich einen sicheren Umgang mit rechten Aussagen anzueignen. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) hat einige grundlegende Punkte zusammengefasst, an denen auch wir uns orientieren⁵:

Das Vorgehen bei der eigenen Argumentation:

1. **Beim Gegenüber nachfragen**
2. **Einen Perspektivwechsel anregen**
3. **Auf Fakten bestehen**
4. **Auf einem Thema bestehen**
5. **Die eigene Positionierung/Das eigene Statement**



Rechte Argumentationstechniken und was dagegen hilft:

1. Parolen-Hopping und Parolen-Schleifen

Von Thema zu Thema springen macht eine adäquate Reaktion auf einzelne Aussagen fast unmöglich und verhindert eine sachorientierte Auseinandersetzung.

→ Auf einem Thema bestehen. Ggf. das Wort entziehen.

2. Pseudowissenschaftliches Jonglieren mit Zahlen

„Studien“, „Statistiken“ oder falsche Zahlen sollen rassistische Behauptungen als „wahr“ und legitim erscheinen lassen.

→ Herkunft, Intention und Interpretation der Studien/Zahlen hinterfragen.

3. Ablenken vom Thema/ „whataboutism“

Relativierung einer Aussage durch Gegenaussage („Aber was ist denn mit...“). Argumente werden aufgeweicht, Fokus wird verschoben, Auseinandersetzung mit eigentlichen Argumenten wird abgewehrt. Beliebte Strategie, drückt jedoch auch Hilflosigkeit aus.

→ Auf Ablenkung hinweisen und auf Thema bestehen.

4. Gerüchte und Lügen (z. B. über Geflüchtete)

Vorhandene negative Einstellungen werden bestätigt und verstärkt. Glaubwürdigkeit durch vermeintliche persönliche Erfahrungen.

→ Quellen müssen eingefordert/ggf. überprüft werden, bei Memes z. B. umgekehrte Bildersuche von Google.

5. Ausnahme von der Regel

Pauschalurteile werden als vermeintlich differenzierte Aussage verpackt, die Unterschiedlichkeit z. B. von als „fremd“ markierten Menschen wird nicht akzeptiert.

→ Pauschalisierung zurückweisen und illustrieren.

6. „Ja, aber“-Argumentation

Auch bekannt als „Ich bin ja kein... aber“-Aussagen. Rechtfertigung einer Aussage durch formale Abgrenzung. Angeblich fehlende Meinungsfreiheit wird impliziert.

→ Ggf. rechten Inhalt der Aussage klären. Angebliche Zusammenhänge dekonstruieren. Auf mögliche Pauschalisierungen hinweisen.

7. „Political Correctness-Keule“ und Tabubruch

Behauptung von „Stigmatisierung“ und „Denkverboten“. Selbstinszenierung als mutige*r Tabubrecher*in. Mehrheitsverhältnisse werden vertauscht bzw. bewusst unklar dargestellt.

→ Widersprüche aufzeigen und nachfragen, WER wen „in eine Ecke stellt“. Ggf. Bedeutung von Meinungsfreiheit im Unterschied zur oft eingeforderten „Freiheit“ von jeder Kritik klären. Wer eine Meinung äußert, muss auch Kritik daran akzeptieren.

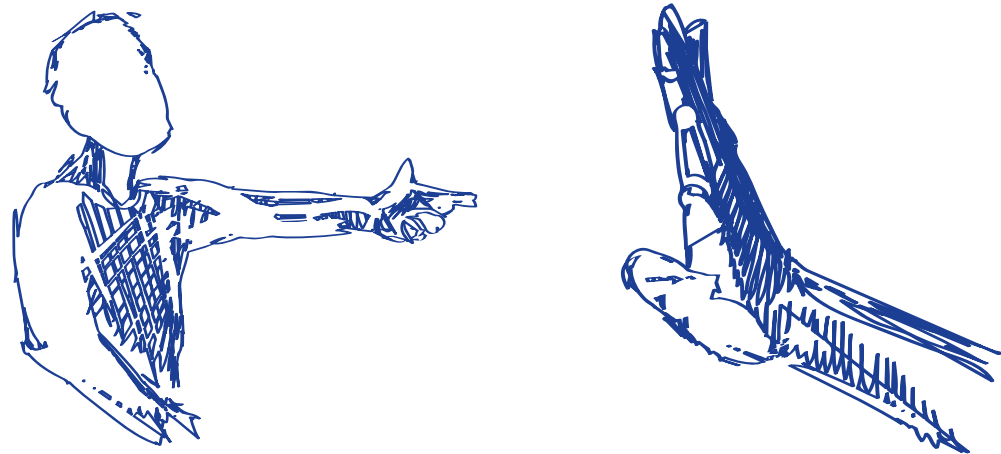
8. Täter-Opfer-Umkehr

Das Anführen „deutscher“ Opfer. Rassismus wird verharmlost bzw. legitimiert. Beschäftigung mit Rassismus wird verweigert und dessen gesellschaftlich-strukturelle Dimension abgestritten.

→ Begriff „Rassismus“ klären und wer mit „deutschen“ Opfern gemeint ist.

⁵ Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): Umgang mit rechten Argumentationen, Berlin, 2017

Es kann immer zu Diskussionen kommen, die überfordern, weil Argumenten nicht begegnet werden kann. Das kann frustrierend sein, ist aber normal. Was immer geht und gilt: Haltung zeigen und Positionen beziehen. Rassismus ist keine Meinung, die Abwertung von Menschen ist keine Meinung. Daher gibt es keine Argumente für menschenverachtende Aussagen und Rassismus ist auch nicht relativierbar.



Viele Infos über rechte Argumentationsmuster und sogenannte Stammtischparolen und der Umgang mit diesen:

- https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/medien/Mit_Rechten_streiten_PDF.pdf
- <https://www.demokratiezentrum.bremen.de/sixcms/media.php/13/Hinter%20der%20Fassade%20ONLINE.pdf>

Etwas kompakter und für eine jüngere Zielgruppe:

- https://www.gelbehand.de/fileadmin/user_upload/download/bildungsmaterial/So_nicht_Kleiner_Ratgeber.pdf

Handlungsempfehlungen speziell zum Umgang mit der AfD mit vielen Hintergründen:

- <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/positionieren-konfrontieren-streiten-afd-1.pdf>
Erweiterte Neuauflage „Demokratie in Gefahr“:
- https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/08/AFD_Handreichung_web.pdf

Hier gibt es Argumentationstrainings und andere Seminarangebote. Außerdem einer unserer Kooperationspartner:

- <https://www.netzwerk-courage.de>

Zwei Portale, die sich der Entkräftung von Fake-News und Verschwörungstheorien widmen. Auch ganz aktuelle Themen werden hier behandelt:

- <https://correctiv.org/>
- <https://www.mimikama.at/>

Einen guten Überblick über über die Mechanismen und Hintergründe von Verschwörungstheorien bzw.- ideologien und wie diesen begegnet werden kann, bietet die Broschüre der Mobilen Beratung Rheinland-Pfalz:

- <https://demokratiezentrum.rlp.de/fileadmin/demokratie-leben/Publikationen/INFOrex-Nr1-Web.pdf>

3. Hass im Netz. Online-Hetze und „Shitstorms“

Eine sehr perfide und feige, wenn auch effektive Strategie, rechte Inhalte zu verbreiten ist die Hetze in sozialen Netzwerken, Kommentarspalten von Nachrichtenseiten und anderen Internetplattformen. Angestoßen oft nur von einem ganz kleinen Teil an User*innen, entsteht hier schnell das Bild einer Übermacht an Hater*innen, die eine vermeintliche Mehrheit repräsentieren.

Wenn Gemüter in einer Online-Diskussion hochkochen, kann sicher nicht immer gleich von einer „Strategie“ gesprochen werden. Dies macht für die von Anfeindungen, Beleidigungen oder gar Hetze Betroffenen jedoch keinen Unterschied. Die Logik der Kommunikation in sozialen Netzwerken besteht leider häufig aus Provokation, Zuspitzung und vorgeblichem Humor, was sich viraler verbreitet als höflich vorgetragene, sachliche Argumente. Eben diese Logik macht Online-Plattformen für Rechtspopulist*innen besonders attraktiv. So kann beispielsweise die AfD hier Themen platzieren, die in den klassischen Medien nicht abgebildet werden und die Ressentiments von Anhänger*innen und Sympathisant*innen bedienen. Da es diesen zudem eher um Emotionen geht als um Fakten, gibt es häufig keine Konsequenzen, wenn sich ein Internet-Posting als falsch herausstellt. Die vielbeschworene „Anonymität im Netz“ darf für Lügen oder schamlose Hetze kein Erklärungsansatz sein. Sowohl AfD-Funktionär*innen als auch -Anhänger*innen bedienen auf ihren Facebook-Profilen zunehmend offen den rassistischen, antisemitischen und islamfeindlichen Teil der rechtspopulistischen Szene.

Was also tun gegen Anfeindungen, Shitstorms, falsche Behauptungen und Hetze im Netz? Die Amadeu Antonio Stiftung erachtet es als wenig sinnvoll, beispielsweise AfD-Profilen zu besuchen und quasi „an der Quelle“ zu argumentieren. Häufig ist den Betreiber*innen dort ohnehin nicht an einer konstruktiven Auseinandersetzung gelegen und kritische Kommentare werden oft gelöscht. Es gibt drei Varianten, die für den Kontext dieser Handreichung relevant erscheinen:

- Ihr betreibt mit eurem Verband ein Profil auf einem sozialen Netzwerk, ein Forum o. ä. und jemand teilt dort Bilder, Memes, Aussagen, Links etc. mit fragwürdigem oder gar rassistischem/rechtsextremem Inhalt.
- Ihr kommentiert auf einer eurer Plattformen oder an anderer Stelle fragwürdige Aussagen anderer User*innen oder bezieht in einem Posting klar Position. Aufgrund dessen seht ihr euch Anfeindungen, Shitstorms oder sogar Bedrohungen ausgesetzt.
- Euer Verband plant ein Seminar über Diskriminierung, eine Gedenkstättenfahrt, eine Versammlung o. ä. und teilt die Veranstaltung über soziale Netzwerke, Newsletter etc. Daraufhin hagelt es Anfeindungen, Frauenfeindlichkeit, Geschichtsverklärungen oder vermeintlich „witzige“, rassistische Postings.

Das einfachste ist sicher, auf einer selbst betriebenen Seite allgemeine Regeln für die Kommunikation aufzustellen. Oft wird dies auch die „Netiquette“ genannt. Hier wird festgelegt, wie die Kommunikation unter den User*innen gewünscht ist und wie nicht. Auf vielen Seiten finden sich Überschriften wie Rücksicht, Höflichkeit und Respekt, Sachlichkeit und Konstruktivität etc. und vor allem der Hinweis darauf, was alles nicht toleriert wird. So kann bereits im Vorfeld festgelegt werden, welche Inhalte und Aussagen gelöscht werden. Auch kann auf die Möglichkeit des Ergreifens rechtlicher Schritte hingewiesen werden. Eine „Netiquette“ wirkt zunächst vielleicht etwas hilflos. Mit Verweis auf diese klaren Regeln lässt sich jedoch viel entschiedener, unmissverständlicher und direkter reagieren. Dies gilt besonders für den beliebten Vorwurf der „Zensur“ bei gelöschten Postings.

Mögen die Auslöser von Anfeindungen noch so unterschiedlich sein, den Auswirkungen kann in der Regel gleich begegnet werden. So gibt es einige Dinge, die in jedem Fall getan werden können und sollten. Wichtig ist etwa:

Rassistische und menschenverachtende Postings auf den von euch betriebenen Seiten sollten unbedingt per Screenshot dokumentiert, dann jedoch sofort gelöscht werden. Diese können später ggf. auch zur Anzeige gebracht werden.

Die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) gibt im Zusammenhang mit Online-Kampagnen zudem den Hinweis:

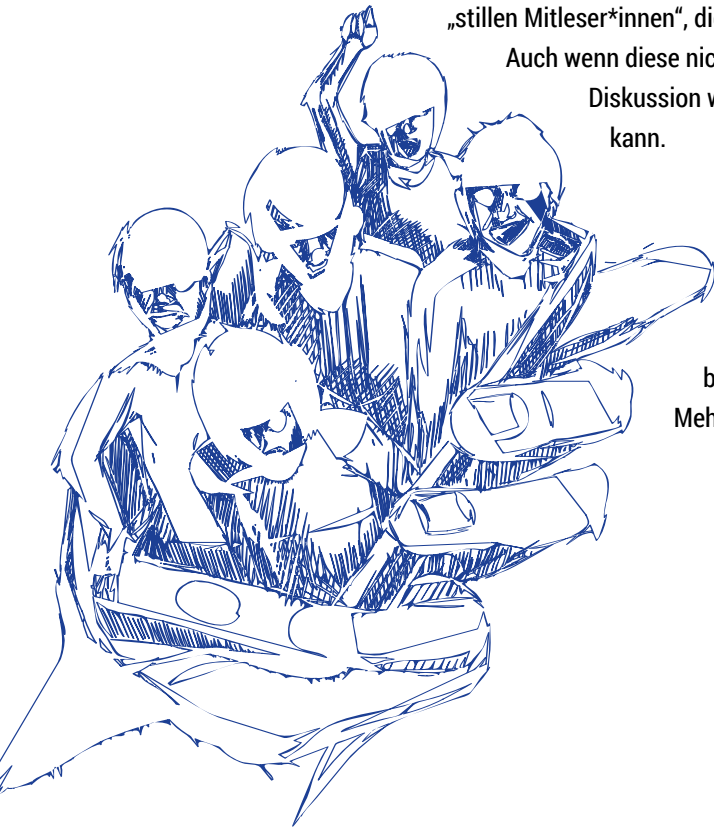
Mit Hass rechnen.

Gerade bei Postings zu emotional aufgeladenen Themen sind auch emotional geführte Debatten zu erwarten. Hier sollte leider auch Hass einkalkuliert werden. Das bedeutet beispielsweise, sachliche Antworten und belegbare Aussagen auf zu erwartende Kommentare vorzubereiten. Ein Shitstorm kann sich innerhalb von Minuten entwickeln und dann braucht es vor allem Zeit, um darauf reagieren zu können. Das heißt: Nur posten, wenn auch Zeit ist⁶.

Wessen Aussagen sind aber überhaupt zu erwidern? Rechtsextreme oder Verschwörungsideolog*innen mit geschlossenem Weltbild sind hier klar ausgenommen. Sie verfolgen entweder strategische Absichten oder suchen nur eine Plattform, um ihre kruden Weltbilder zu verbreiten. Anders kann es sich hingegen mit emotionalisierten, von der Hass-Welle mitgetragenen Kommentierenden verhalten. Die AAS weist darauf hin, dass diese möglicherweise durch persönliche Nachrichten angesprochen und auf eine Sachebene zurückgeholt werden können⁷. Außerordentlich relevant sind die „stillen Mitleser*innen“, die in wohl jedem Forum oder Kommentarbereich die Mehrheit stellen.

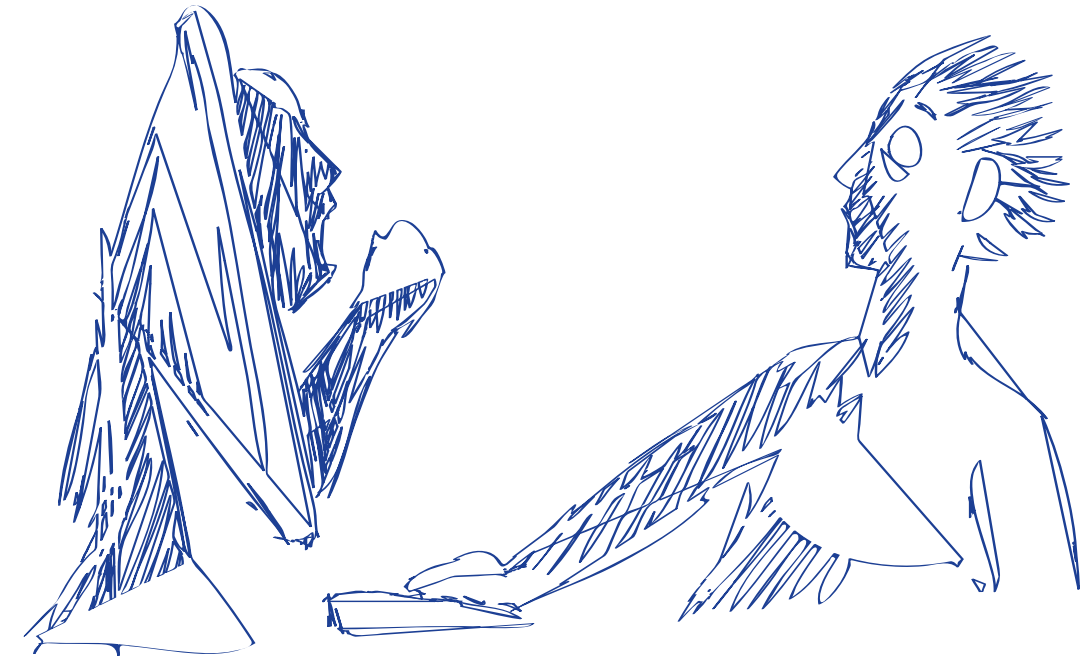
Auch wenn diese nicht eingreifen, nehmen sie Aussagen, Argumente und den Verlauf einer Diskussion wahr und machen sich so ein Bild, das ihr weiteres Verhalten prägen kann.

Bleibt also festzuhalten: Hass muss immer widersprochen werden. Solidarität ist hier das Stichwort und es sollten möglichst viele (auch private) Online-Kontakte und -Netzwerke genutzt und miteinbezogen werden. So können sich viele an der Diskussion beteiligen, Gegenrede geben und das Bild einer vermeintlichen Mehrheit von Hater*innen korrigieren.



Eine weiterführende Möglichkeit zur Vorbereitung auf eventuelle Online-Auseinandersetzungen ist das Monitoring gängiger rechtspopulistischer Internet-Seiten. So ist es etwa sinnvoll, regelmäßig einen Blick auf Diskussionen zu werfen, die auf beispielsweise AfD(-nahen) Seiten geführt werden.

Bei der sogenannten Counter Speech (Gegenrede) geht es darum, im Internet fundierte Gegen-Seiten zu erstellen für Themen, die von Rechtspopulist*innen besetzt werden.



Fördern und Stärken einer demokratischen Debattenkultur im Internet. Handlungsempfehlungen für die digitale Zivilgesellschaft, Politik und Plattformbetreibende:

→ <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/dehate/>

Ein gutes Beispiel für eine „Netiquette“ im Internet und Regeln für die Online-Kommunikation:

→ https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/2018-10-17_umgang_mit_rechtspopulismus.pdf

Tipps zur Counter Speech und Hinweise zum Erstellen von Anzeigen und Melden von Beiträgen auf den gängigen Plattformen (Facebook, Twitter, youtube etc.):

→ <https://no-hate-speech.de/de/wissen/was-kann-ich-gegen-hate-speech-tun/>

Beispiele für engagierte Online-Communities:

→ Aktionsplattform LOVE-Storm – Gemeinsam gegen Hass im Netz: <https://love-storm.de/>

Facebook-Gruppe #ichbinhier:

→ <https://www.facebook.com/groups/718574178311688/>



⁶ Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin, 2019, S. 26 f.

⁷ Ebd.

4. Planen und Durchführen von Veranstaltungen

Rechtspopulist*innen oder Rechtsextreme nehmen an politischen Veranstaltungen wie z. B. Diskussionen häufig mit dem Ziel teil, die Meinungsführerschaft zu übernehmen, Themen (rechts)populistisch zu besetzen und so den Verlauf einer Veranstaltung zu bestimmen. Oft ist deren Auftreten moderat und die verwendeten Formulierungen haben den Anstrich des demokratischen Meinungsspektrums. Dieses Auftreten macht es Veranstaltenden schwer, auf fragwürdige Wortmeldungen zu reagieren. Schließlich möchten Demokrat*innen keine Meinungen unterdrücken. Genau diese Unsicherheit nutzen Rechtspopulist*innen gerne aus.

Auch bei Veranstaltungen, die ihr mit eurem Verband ausrichtet oder an denen euer Verband beteiligt ist, solltet ihr auf die Teilnahme von Rechtspopulist*innen oder Rechtsextremen vorbereitet sein. Und sei es, diese schon im Vorfeld auszuschließen. Bei nicht-öffentlichen Veranstaltungen, bei denen ihr Veranstalter*in seid, ist das einfachste sicher die Anwendung des Hausrechts. Hier können bereits in der Einladung (per Mail, Facebook-Veranstaltung, Briefe etc.) nicht-geladene Gäste und ein bestimmter Personenkreis ganz explizit ausgeschlossen werden. Ein derartiger Hinweis kann beispielweise so aussehen:

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“⁸

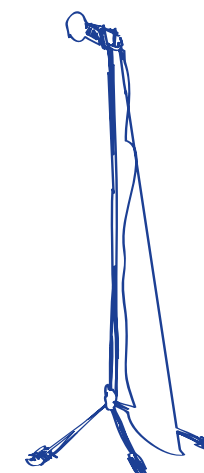
Das Beispiel der Diakonie bezieht sich zudem explizit auf die eigenen Räumlichkeiten und mögliche rechtsextreme Symbolik:

„Unser Haus steht für ein gewaltfreies, demokratisches Miteinander und die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von Nationalität, sozialer Herkunft, religiöser Überzeugung und sexueller Orientierung. Das bedeutet für uns, dass Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung, Verherrlichung oder mangelnder Distanz zum Nationalsozialismus in Form von Aussagen, Kleidung, Symbolen, Tattoos, Schmuck oder Musik in unserem Hause keinen Platz haben.“⁹



Häufig gibt sich der beschriebene Personenkreis jedoch nicht so einfach zu erkennen und es kann dann während einer Veranstaltung zu problematischen Dynamiken und/oder rechtsextremen Wortbeiträgen kommen. Hier gilt zunächst einmal der Verweis auf den beschriebenen Umgang mit rechten Aussagen: Menschenverachtende, rassistische Äußerungen entschieden ablehnen, populistische Aussagen als solche benennen und offensiv die eigenen demokratischen Einstellungen vertreten. Im weiteren Verlauf kann auch ein Saalverweis bzw. Hausverbot erfolgen. Für die Begleiterscheinungen, die sich speziell im Kontext von (öffentlichen) Veranstaltungen ergeben, empfiehlt zum Beispiel die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) einige konkrete Maßnahmen¹⁰:

- Eingrenzen der Zielgruppe – Bestimmte Personengruppen können schon in der Einladung ausgeschlossen werden.
- Je nach Anlass oder Ort der Veranstaltung ggf. im Vorfeld Ordnungsbehörden (Polizei, Ordnungsamt) informieren; ggf. Ordner*innen/Security engagieren – Saalverweise bzw. Hausverbot kann ausgesprochen werden
- Szenekundige Einlasshelfer*innen. Um Rechtsextreme ausschließen zu können, müssen diese auch als solche erkannt werden.
- Zu Beginn der Veranstaltung nochmals klare Diskussions- und Antidiskriminierungs-Regeln bekanntgeben und als verbindlich für alle Teilnehmenden der Veranstaltung erklären.
- Ggf. Mikrofon nicht aus der Hand geben, sondern von Helfer*in halten lassen
- Diskriminierende Äußerungen immer unterbinden bzw. nie unwidersprochen stehen lassen
- Störende Personen ggf. ausschließen - Saalverweis bzw. Hausverbot erteilen (§11 VersG, Abs. 1)
- Bei Bedrohungslagen besonderes Augenmerk auf gefährdete Personen richten und diese ggf. nach Hause begleiten



Hier finden sich Hintergrundinformationen, detaillierte Handlungsempfehlungen und Checklisten für die Durchführung und die Planung von Veranstaltungen:

→ https://www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010_mbr_hr-wort_web.pdf



⁸ MBR Berlin in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Sachsen e.V.: Umgang rechtsextremen Besucher/-innen bei öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen, 2005, S. 4

⁹ Diakonie Deutschland. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.: Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, 2018, S. 10

¹⁰ Vgl. MBR Berlin in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Sachsen e.V.: Umgang rechtsextremen Besucher/-innen bei öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen, 2005, S. 10 f.

5. Umgang mit rechten Tendenzen im eigenen Verband

Jugendverbände bilden die Gesellschaft als Ganzes ab und so finden sich auch dort viele Meinungen, zu denen stärkerer Diskussionsbedarf bestehen kann. Geschlossen rechtsextreme Orientierungen sind in einem demokratisch ausgerichteten Jugendverband sicher nur sehr selten zu finden. Aber gerade weil Verbände ein Spiegel der Gesellschaft sind, kann es auch dort zu rassistischen oder anderen diskriminierenden Aussagen kommen. Sätze wie „Ach, du weißt doch, wie er/sie ist“ oder „Lass mal, ich kenne den/die doch schon so lange“ vermeiden zwar den Konflikt und halten für eine Weile den Frieden aufrecht. Der verständliche Wunsch nach Harmonie darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass menschenverachtende Aussagen und Weltbilder nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Ganz zu schweigen vom sprichwörtlichen „Elefant im Raum“, der sich im Verband immer breiter machen wird. Vielleicht ist es in der Tat so, dass ein*e Jugendliche*r einfach gerne provoziert. Dennoch sollten die Hintergründe einer problematischen – oder ohnehin nicht zu tolerierenden – Aussage überprüft werden.

Jugendverbände gelten als „Werkstätten der Demokratie“. Dort sollen Kinder und Jugendliche ein demokratisches und tolerantes Miteinander lernen, auch um präventiv Ideologien der Ungleichwertigkeit entgegenzuwirken. Schon unter dem Eindruck dieses Selbstverständnisses ist es nötig, rechten Tendenzen im Verband aktiv zu begegnen. So sollte niemals die direkte Ansprache gescheut werden, bei der sich auf Leitbild und Selbstverständnis des eigenen Verbands berufen werden kann.

Im Juleica-Baustein Rechtsextremismus des Hessischen Jugendrings sind einige Handlungsoptionen sehr übersichtlich zusammengefasst¹¹:

1. Bei rechten Äußerungen von einzelnen Jugendlichen oder Gruppen sollte die Situation ausgelotet und überprüft werden, was hinter einer Parole oder einer „Tat“ steckt.
2. Mit der Person, die das Statement geäußert hat, ein persönliches Einzelgespräch führen und Grenzen setzen; zudem soll die Unvereinbarkeit mit den Vereinszielen aufgezeigt werden.
3. Gegebenenfalls sollte ein Gruppengespräch geführt und die Gruppe sensibilisiert werden (möglichst außerhalb der Übungszeiten).
4. Die Eltern, der (Vereins-)Vorstand und ggf. auch externe Fachleute sollten einbezogen und gefragt werden.
5. Konsequenzen sollten angedroht und begründet werden.
6. Ausweg aus der rechten Szene aufzeigen („Es geht auch anders“, positives Zureden für den Ausstieg).

Die sechs Punkte sind bei Jugendlichen angebracht, deren Orientierung nicht gefestigt ist und die nicht organisiert sind. Weitere Konsequenzen können sein:

- ➔ Resolution im Verein / Satzungsänderung
- ➔ Androhung des Ausschlusses der Person(en)

¹¹ Hessischer Jugendring (Hrsg.): Juleica-Baustein Rechtsextremismus. Für Demokratie Vielfalt und Zivilcourage. Wiesbaden, 2009, S. 16

Juleica-Baustein Rechtsextremismus mit Handlungsempfehlungen:

➔ https://www.hessischer-jugendring.de/fileadmin/user_upload/pdf/Arbeitshilfen/arbeitshilfe_juleica_Rechtsextremismus_09.pdf

Hintergründe und Interviews zur „Thematisierung von Rechtsextremismus innerhalb des Verbandes“:

➔ https://www.hessischer-jugendring.de/fileadmin/user_upload/pdf/Materialienreihe/materialband_zivilgesellschaft_akteure_2009094.pdf

Wie geht es weiter?

Wie eingangs schon erwähnt, existiert eine ganze Reihe sehr guter Arbeitshilfen. Auch werden Handlungsempfehlungen stetig weiterentwickelt, neue Positionspapiere verfasst und es gibt viel Hilfreiches zu lesen. Das ist richtig und wichtig und ein Schweigen können wir uns als Gesellschaft auch gar nicht leisten. Dennoch bleibt die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechten Einstellungen ein Prozess, in dem wir auch aktiv werden müssen. Wir wollen mit Euch dranbleiben! Als Werkstätten der Demokratie leisten Jugendverbände ohnehin einen kontinuierlichen Beitrag zum Erhalt einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft frei von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Mit immer neuen, kreativen Aktionen, Seminare, Kampagnen etc. sind die Mitgliedsverbände aber auch in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rechten Erscheinungsformen breit aufgestellt. Hier können wir uns austauschen und vernetzen, Fragen stellen und voneinander lernen. Ihr wisst am besten, was es braucht und was Ihr braucht – bleiben wir im Gespräch und bleiben wir aktiv! Und bleiben wir im Gespräch über unser Gesellschaftsmodell. Was wir daran lieben, wie wir es erhalten können und was wir gegen die tun, die es bedrohen und abschaffen wollen.

Wichtige Seiten im Überblick:



- ➔ www.amadeu-antonio-stiftung.de
- ➔ www.belltower.news
- ➔ www.correctiv.org
- ➔ www.dasversteckspiel.de
- ➔ www.demokratiezentrum.rlp.de
- ➔ www.hass-im-netz.info
- ➔ www.idaev.de
- ➔ www.love-storm.de
- ➔ www.mbr-berlin.de
- ➔ www.mimikama.at
- ➔ www.no-hate-speech.de
- ➔ www.politische-bildung.rlp.de
- ➔ www.vielfalt-mediathek.de

